

Erfahrungen aus 60 Jahren deutsch-israelischer Beziehungen*

Johannes Gerster

Wir feierten im Jahre 2001 den 90. Geburtstag des Jerusalemer Altbürgermeisters Teddy Kollek im Rahmen eines festlichen Banketts in einem Nobelrestaurant in Tel Aviv. Das israelische Protokoll hatte meine Frau und mich neben den mir unbekanntem Israel Kantor und dessen Frau platziert. Unsere Unterhaltung lief schleppend in Englisch. Teddy Kollek rief mir über den Tisch zu, redet doch einmal über Musik. Rasch stellten sich Gemeinsamkeiten heraus. Israel Kantor war nicht nur einer der bedeutendsten Rechtsanwälte Israels, er war auch Präsident des israelischen Jugendchorverbandes. Als ich ihm erzählte, dass ich Ehrenvorsitzender der MUSICA SACRA am Mainzer Dom war, nahm unsere Unterhaltung Fahrt auf. Und als er erfuhr, dass wir eine Konzertreise mit dem Mainzer Domchor und der Mainzer Domkantorei St. Martin mit 200 Sängerinnen und Sängern durch Israel planten, führte er das Gespräch plötzlich in perfektem Deutsch fort.

Diese Erfahrungen machten zahlreiche Deutsche in Israel. Israelis mit deutschem Hintergrund taten sich schwer, gegenüber Fremden die Sprache ihrer Jugend oder ihrer Eltern zu sprechen, sich zu ihren Deutschkenntnissen zu bekennen. Erst wenn sie ihrem deutschen Gesprächspartner näher kamen, vielleicht sogar Sympathie empfanden, überwandnen sie ihre Hemmung, deutsch zu reden. Dieses Verhalten lässt sich leicht aus den gebrochenen Lebensläufen ehemals deutscher Juden, die den Naziverbrechen entkamen, und den Anfängen des noch immer jungen Staates Israel erklären.

Deutschland war in den ersten Jahren nach der Staatsgründung Israels dort ein weißer Fleck auf der Landkarte. Deutschland war die Erinnerung an die Shoa, an die Ermordung von 6 Millionen Juden durch die nationalsozialistische Schreckensherrschaft. Man wollte Deutschland nicht wahrnehmen, an dieses Land und millionenfaches Leid nicht erinnert werden. In den israelischen Reisepässen war vermerkt: Gültig für alle Länder mit Ausnahme Deutschlands.

Darunter zu leiden hatten vor allem die Jeckes, wie die Juden aus dem deutschen Sprachraum genannt wurden. Rund 55.000 Juden waren in den 1930er Jahren aus Deutschland geflohen und in das damalige Palästina eingewandert. Sie lebten nicht selten mit dem unsinnigen und ungerechten Vorwurf, Hitler nicht verhindert zu haben. In der Öffentlichkeit wagten viele nicht, ihre Muttersprache – Deutsch – zu sprechen. Ihre Vor- und Nachnamen hatten sie in der

* Ausgearbeitete Fassung des Vortrags anlässlich der Veranstaltung „60 Jahre Luxemburger Abkommen. Meilenstein für die deutsch-israelischen Beziehungen“ am 6. September 2012 in der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin.

Regel in hebräische Namen umgewandelt. Wer sich mit Deutschland befasste, galt nicht selten als „Verräter“.

Umso bemerkenswerter war die Haltung von David Ben Gurion, dem ersten Premierminister und zugleich Verteidigungsminister Israels. Als David Grün im Jahre 1886 in Polen geboren und bereits 1906 als Landarbeiter nach Palästina eingewandert, wurde er Mitgründer der israelischen Gewerkschaft Histadruth (1921) und führte von 1930 bis 1965 die sozialistisch ausgerichtete Partei Mapai. Als Regierungschef eines kleinen, umstrittenen Landes mit gerade 700.000 Bürgern bei der Staatsgründung im Jahre 1948 war ihm klar, dass Israel in einem feindlichen, arabischen Umfeld nur auf- und ausgebaut, also überlebensfähig werden könne, wenn es auf Hilfe von außen setzen könne. Gegen erheblichen Widerstand erklärte er mit Blick auf die ein Jahr jüngere Bundesrepublik Deutschland wiederholt, er glaube an ein neues Deutschland. Das millionenfache Leid des jüdischen Volkes könne zwar nicht wiedergutmacht werden. Er setze aber auf das Verantwortungsgefühl der Deutschen, das jüdische Volk in seinem erneuten Überlebenskampf zu unterstützen. Ben Gurion war Idealist, Visionär und Realist.

Der zehn Jahre ältere erste Bundeskanzler Konrad Adenauer hatte bereits 1951 im Deutschen Bundestag die moralische Pflicht des deutschen Volkes betont, das jüdische Volk beim Aufbau des Staates Israel zu unterstützen. Dabei wurde weitgehend der Begriff „Wiedergutmachung“ vermieden. Denn wie kann der Massenmord der NS-Schergen auf finanziellem Wege wieder gut gemacht werden? Adenauer galt vor allem bei Ben Gurion als glaubwürdiger Partner, denn er war unmittelbar nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Jahre 1933 seiner Ämter als Kölner Oberbürgermeister und als Präsident des preußischen Staatsrates enthoben worden. Auch war in Israel sein Verhältnis zu Juden bekannt, das durch persönliche Freundschaften zu jüdischen Familien in Köln während seiner kommunalpolitischen Zeit und darüber hinaus geprägt war.

Die „Wiedergutmachung“ war im zerstörten und Not leidendem Nachkriegsdeutschland alles andere als populär. Adenauer hatte ebenfalls gegen erhebliche Widerstände, nicht zuletzt in seiner eigenen Partei, zu kämpfen. Aber auch auf diesem Feld sollte er sich durchsetzen. Für ihn war die Hilfe für Israel ein moralisches Gebot. Adenauer wusste aber auch, dass ein gutes Verhältnis zu Israel für die Bundesrepublik die Tore in die Welt öffnen werde. Auch er war Idealist, Visionär und Realist.

Bereits 1952 wurde das Luxemburger Abkommen zwischen Deutschland und Israel unterzeichnet. Mit der Bereitschaft zur „Wiedergutmachung“ unterschied sich die Bundesrepublik von der DDR, die bis zu ihrem Ende 1989 jede Form von Wiedergutmachung ablehnte.

Als in Israel öffentlich bekannt wurde, dass der jüdische Staat von Deutschland finanzielle Unterstützung annehmen wolle, wuchs die Empörung: „Kein

Blutgeld aus Deutschland“ war eine der Parolen demonstrierender Gegner jedweder Kontakte nach Deutschland. Im israelischen Parlament soll es sogar eine Schlägerei gegeben haben. In Deutschland erhielt Adenauer nach zahllosen Gesprächen und Sitzungen ausreichende Unterstützung im Parlament, in der Öffentlichkeit aber alles andere als Wohlwollen in dieser Frage. Der Wiederaufbau zerstörter deutscher Städte und die Überwindung der täglichen Nöte waren für viele dringlicher als finanzielle Hilfen für Israel.

So paradox es klingen mag, das neue Deutschland rückte erst mit dem Eichmann-Prozess in den Focus der israelischen Öffentlichkeit. Am 11. Mai 1960 hatte der israelische Geheimdienst den Organisator der Judentransporte in die Massenvernichtungslager, Adolf Eichmann, von Argentinien nach Israel entführt. In Jerusalem wurde Eichmann wegen Beteiligung an den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen ein Jahr später angeklagt. Dieser Prozess und die vier Monate dauernde, umfangreiche Beweisaufnahme wurden in der ganzen Welt und insbesondere in Israel und Deutschland emotional und spannungsgeladen verfolgt. Eichmann wurde der Verbrechen gegen das jüdische Volk, gegen die Menschheit und des Kriegsverbrechens für schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Diese Strafe wurde am 15. Dezember 1961 vollstreckt. Natürlich wurde in Israel heftig diskutiert, warum Deutschland die NS-Kriegsverbrecher nicht konsequenter verfolgt hat, warum so viele mit dem Leben davon gekommen waren, und doch führten diese Diskussionen auch dazu, dass die Israelis sich vielleicht erstmals in aller Breite mit dem neuen Deutschland auseinandersetzten.

In der Bundesrepublik führten dieser Prozess und die weltweiten Reaktionen dazu, dass die Zeit der Verdrängung der Naziverbrechen zu Ende ging. Beide Völker mussten vor allem durch diesen Prozess den Naziterror in all seiner Abscheulichkeit miterfahren, um zwei wichtige Prozesse in Gang zu setzen: Israel nahm das neue Deutschland und seine positive Entwicklung nach wie vor kritisch, aber offener zur Kenntnis. Deutschland begann erst jetzt, seine grauenhafte NS-Vergangenheit aufzuarbeiten. Das Volk der Täter und das Volk der Opfer schlug ein neues Kapitel seiner Geschichte auf. Deutlich wurde, dass die dunkle Vergangenheit das neue Deutschland und das neue Israel schicksalhaft miteinander verbindet.

Zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel kam es im Jahre 1965. Bis dahin hatte Israel eine Mission in Köln unterhalten, dessen Leiter Felix Shinnar als inoffizieller Vertreter Israels Kontakte zur Bundesregierung und zum Bundestag in Bonn vorsichtig aufgebaut hatte. Nicht Israel, sondern die Bundesrepublik hatte zumindest seit dem Beginn der 1960er Jahre den Austausch offizieller Botschafter immer wieder verzögert. Der Grund lag in der Hallsteindoktrin. Danach beanspruchte die Bundesrepublik den Alleinvertretungsanspruch für das deutsche Volk mit der Folge, dass diese offizielle Kontakte zu all jenen Staaten abbrechen werde, welche die

DDR als deutschen Staat anerkennen würden. Nun hatten im Gegenzug die arabischen Staaten Bonn signalisiert, sie würden die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik aufkündigen und die DDR offiziell anerkennen, wenn Bonn offizielle Beziehungen zu Israel aufnehmen werde. Und genau dieses wollte Bonn verhindern. Erst nach einer Entscheidung des israelischen Parlamentes, diplomatische Beziehungen zu Deutschland aufzunehmen, was in Bonn zunächst Verärgerung über diesen einseitigen Vorstoß auslöste, gab Bundeskanzler Ludwig Erhard Grünes Licht für den Botschafteraustausch mit Israel. Zwölf arabische Staaten zogen darauf ihre Botschafter aus der Bundesrepublik ab, die sich im Laufe der folgenden Jahre aber wieder in Bonn einstellten.

Israel entsandte als ersten Botschafter den Staatssekretär im Verteidigungsministerium Asher Ben Nathan. Zuvor hatten mehrere Diplomaten des israelischen Außenministeriums sowie Intellektuelle und Universitätsprofessoren es abgelehnt, als Botschafter nach Bonn zu gehen. Asher Ben Nathan dagegen stand voll hinter den frühen Aussagen Ben Gurions: „Das Deutschland Adenauers ist nicht das Nachfolgeregime der Nazis“ und „Ich lehne eine Kollektivschuld der Deutschen ab“. Zugleich wusste Ben Nathan, dass er eine schwierige Mission annahm. Er sprach von einer „heiklen Aufgabe“, die er allerdings vier Jahre lang meisterhaft bewältigen sollte.

Die Bundesrepublik entsandte im Gegenzug den Leiter der Wirtschaftsabteilung im Auswärtigen Amt, Rolf Friedemann Pauls, nach Tel Aviv. Wie offen die Wunden aus der Shoa im Jahre 1965 noch waren, zeigte sich beim Amtsantritt Pauls, der von heftigen Gegendemonstrationen in Israel begleitet wurde. Schätzungsweise die Hälfte der Israelis wollte damals noch keinen offiziellen Vertreter Deutschlands in Israel sehen, geschweige denn akzeptieren. Als Pauls zur Akkreditierung fuhr, wurde sein Wagen – übrigens eine Leihgabe der israelischen Regierung – mit Steinen beworfen. Der Protest richtete sich auch gegen die Person Pauls, der als ehemaliger Offizier der Wehrmacht und Ritterkreuzträger auf besonders emotionale Ablehnung stieß. Das konnte Pauls in seinen drei Amtsjahren zum Positiven wenden. Israelische Zeitungen schrieben 1968, zum Ende seiner Amtszeit in Israel: „Wir haben Pauls mit Steinen empfangen und mit Blumen verabschiedet.“

Im Alter von 16 Jahren lernte ich den ersten Israeli kennen. Er war ein in Mainz geborener Jude, dem meine Eltern im Dritten Reich zur Flucht aus Deutschland verholfen hatten. Er dankte meinen Eltern für deren Unterstützung in schwierigster Zeit. Natürlich war unser Gast Anlass genug, in unserer Großfamilie mit sechs Kindern intensiver die Gräueltaten der Nazizeit zu besprechen, als dies in diesen 1950er Jahren in der Öffentlichkeit oder auch in unserer Schule, wo der Geschichtsunterricht mit dem 1. Weltkrieg endete, üblich war. Bei uns zu Hause wurde nichts verdrängt und nichts beschönigt. Ich verstand nicht alles, aber mein Interesse für das Judentum und für Israel wurde

in diesen Tagen geweckt. Und ich erinnere mich noch heute an die Herzlichkeit, ja Herzenswärme unseres israelischen Gastes und seine fast schwärmerische Schilderung seiner Jugendzeit in Mainz. Dieser Mann liebte seine Geburtsstadt, durch die er von deutschen und auch Mainzer Nazis vertrieben worden war, auch nach harten Jahren der Flucht und des Leidens.

Erst viel später in Israel sollte ich erkennen, dass die aus Europa stammenden Juden, die dem Massenmord Hitlers entkommen waren, die Brückenbauer zwischen dem neuen Israel und dem neuen Deutschland waren. Die orientalischen Juden, die Deutschland nie besucht hatten, die keine Deutschen kannten, zeigten sich oft unversöhnlicher gegenüber Deutschland als die deutschen Juden, die durch Flucht zunächst in Palästina und nach der Staatsgründung in Israel überlebt hatten.

1967 gründete ich als Jüngster in einem Kreis von Gleichgesinnten die Mainzer Arbeitsgemeinschaft der Deutsch-Israelischen Gesellschaft mit. Nach meiner ersten Wahl in den Deutschen Bundestag im Jahre 1972 wurde ich sofort stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe, die von der damaligen Präsidentin des Deutschen Bundestag, Annemarie Renger, geleitet wurde. Mein Interesse an Israel wuchs weiter, wobei regelmäßige Israelbesuche zum Ausbau der Kontakte zwischen dem israelischen und deutschen Parlament wie die Betreuung israelischer Minister und Parlamentarier in Bonn wichtige Teile meiner politischen Arbeit wurden. Dabei wurden mir, je öfter und länger ich mit israelischen Kollegen redete, zwei Botschaften vermittelt: „Du bist zu jung, um für die Verbrechen der Nazis verantwortlich zu sein.“ Der Satz Ben Gurions, es gäbe keine Kollektivschuld, war zumindest bei denen angekommen, die Beziehungen zu Deutschland unterhalten wollten.

„Wir können vergeben, aber nicht vergessen, was zwischen 1933 und 1945 geschehen ist.“ Diese Feststellung dürfte noch heute von der großen Mehrheit der Israelis geteilt werden.

Jeder Besuch in Israel machte deutlich, dass das Interesse der politischen Klasse in Israel an Deutschland wuchs, während die Vorbehalte gegenüber Deutschland bei dem Mann auf der Straße noch deutlich anhielten. Es gelang, mit starker Unterstützung des Jerusalemer Bürgermeisters Teddy Kollek, auch in Israel eine Freundschaftsgesellschaft, die Israelisch-Deutsche Gesellschaft zu gründen. Ebenso kam es in der Knesset zur Gründung einer Israelisch-Deutschen Parlamentariergruppe. In beiden Fällen waren die Mitglieder der Arbeitspartei die treibenden Kräfte, während die Mitglieder des Likud sich zwischen Ablehnung und Verweigerung abwartend verhielten. In dieser Zeit verweigerte der Sprecher der Knesset, dessen Familie in der Nazizeit weitgehend ausgelöscht worden war, jedem Deutschen den Handschlag. Ich respektierte dieses Verhalten, setzte aber auf diejenigen, die zur Zusammenarbeit bereit waren. Und dieser Kreis vergrößerte sich zusehends. Es entstand die

erste kommunale Partnerschaft Wuppertal–Ber Sheva, weitere folgten. Es gab zunehmend wissenschaftliche Austauschprogramme zwischen deutschen und israelischen Universitäten.

Dieses noch vorsichtige aufeinander zugehen erfuhr allerdings auch Rückschläge vor allem auf der politischen Ebene. Im Yom Kippur Krieg 1973 erklärte sich die deutsche Bundesregierung in diesem Krieg als neutral und blockierte die Lieferung von Waffen und Versorgungsmittel aus den USA über die deutschen Häfen und Nato-Flugplätze. Die ägyptische Armee stand bereits 60 Kilometer vor Tel Aviv, Israel war in größter Not und Deutschland verhinderte den militärischen Nachschub für Israel. Nur das Ansehen von Bundeskanzler Willy Brandt, dessen Kniefall im Warschauer Ghetto in Israel auf größtes Wohlwollen gestoßen war, verhinderte größere Verwerfungen und Rückschläge in den israelisch-deutschen Beziehungen. Zwischen den Zeilen hörten wir, dass der Ärger nicht bei Bundeskanzler Willy Brandt, sondern bei dem damaligen Bundesfinanzminister Helmut Schmidt festgemacht wurde. Angeblich habe er die Blockade der Lieferungen nach Israel durchgesetzt.

Die Quittung erhielt der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt vom Likud-Premierminister Menachim Begin. Dieser diffamierte Schmidt als Nazi-Leutnant, was in Deutschland zu Recht Empörung auslöste. Annemarie Renger, Vorsitzende der Deutsch-Israelischen Parlamentariengruppe, bat mich als ihren Stellvertreter in dieser Gruppe, unseren Freunden in der Knesset klarzumachen, dass diese Entgleisung unsere Bemühungen, zwischen Israel und Deutschland dauerhafte und krisenfeste Beziehungen aufzubauen, nachhaltig beschädigen werde. Es sei besser, wenn ein junges Mitglied der Opposition dies unseren Partnern in Israel erklären würde als sie selbst als Parteifreundin Schmidts.

Unsere Freunde in der Knesset teilten mehrheitlich unsere Bedenken und arrangierten eine „Zufallsbegegnung“ mit Begin während einer Knesset-Sitzung. Ich wurde Begin als Freund Israels vorgestellt, er hörte meine Argumente an, gab dazu keinerlei Kommentar und dankte mir für meine Freundschaft mit Israel. Wiederholt hat er die Diffamierung Helmut Schmidts danach nicht mehr.

Es gab auch erfreulichere Begegnungen. Zu Beginn der 1980er Jahre sprach mich der Vizesprecher der Knesset und Vizebürgermeister von Tel Aviv, Dov Ben Meir an, ob ich eine Möglichkeit sähe, den Aufbau eines israelisch-palästinensischen Forums für Begegnungen mit offiziellen Vertretern beider Seiten zu unterstützen. Zusammen mit der Leiterin der Internationalen Abteilung der Konrad-Adenauer-Stiftung, Frau Krieger, und weitsichtigen israelischen und palästinensischen Politikern, Professoren und Gewerkschaftern gründeten wir den israelisch-palästinensischen Verein Co-Existence, der Israelis und Palästinenser regelmäßig zu vertraulichen gemeinsamen Treffen einladen sollte. Leider beendete die 1. Intifada im Jahre 1987 und die damit einsetzende Gewalt

diese so verheißungsvoll begonnene Arbeit. Dass ein Geschäftsführer in die Kasse des Vereins gegriffen hatte und damit deutsches Steuergeld veruntreut hatte, beschleunigte das Aus dieses Vereins und damit eine Chance zum Ausgleich lange vor den Osloer Verträgen.

Nach sechs Wahlperioden und fast 22 Jahren Bundestag, verzichtete ich im Jahre 1994 auf eine erneute Kandidatur. Bereits ein Jahr vorher hatte mich der Landesverband meiner Partei zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten für die Landtagswahlen im Jahre 1996 gewählt. Der Grund: Nach dem Sturz von Ministerpräsident Bernhard Vogel als Landesvorsitzenden im Jahre 1988 und dem fast logischen Verlust der Regierungsverantwortung in Rheinland-Pfalz bei den Wahlen 1991 befand sich die CDU im Land im freien Fall. Bis 1987 hatte sie mit der satten absoluten Mehrheit von 51,9 Prozent das Land regiert. Nur sechs Jahre später, im Jahre 1993, kam sie bei den Umfragen gerade noch auf 29 Prozent! Gerster sollte den Karren aus dem Dreck ziehen. Aus Israel erreichten mich dazu zahlreiche Erfolgswünsche und dazu eine besondere Auszeichnung: Die Ben Gurion Universität des Negev verlieh mir am 30. November 1995 den Ehrendoktor der Philosophie für meine „herausragenden Leistungen zugunsten des jüdische Volkes und des Staates Israel“.

Die Aufholjagd in Rheinland-Pfalz gelang, wenn auch nicht ganz. Bei den Wahlen 1996 war der Vorsprung der SPD, der im November 1993 noch 17 Prozent betragen hatte, auf einen Prozentpunkt geschmolzen. Die FDP hatte die Möglichkeit, mit der CDU eine Regierung zu bilden, entschied sich aber für die Fortsetzung der Koalition mit der SPD. Mich reizten die Oppositionsbänke in Mainz nicht. Ich trat 1997 von meinen Ämtern als CDU-Landesvorsitzender und Fraktionsvorsitzender im rheinland-pfälzischen Landtag zurück und ging für die Konrad-Adenauer-Stiftung freudigen Herzens nach Jerusalem. Dort wollte ich den israelisch-palästinensischen Dialog und einen längst fallen gelassenen Plan vom Beginn der 1980er Jahre, in Israel ein Konrad Adenauer Begegnungszentrum zu bauen, wieder aufnehmen.

In Jerusalem fand ich ein gut organisiertes Büro der Adenauer-Stiftung mit hervorragenden Mitarbeiterinnen vor. Seit 1980 hatte die Stiftung Projekte mit Universitätsinstituten begonnen und 1982 ein eigenes Büro in Jerusalem eröffnet. Es gab auch vereinzelt Kontakte mit Palästinensern, aber keine gemeinsamen israelisch-palästinensischen Initiativen.

In Israel wurde ich bestens aufgenommen. Langjährige Freunde wie Dov Ben Meir, Adin Talbar, Teddy Kollek und Asher Ben Nathan veranstalteten Empfänge, um mich in die israelische Gesellschaft einzuführen. Die Jeckes waren längst in 15 Landsmannschaften wie die ehemaligen Kölner, Berliner, Kasseler, Frankfurter, ja sogar die ehemaligen Ost- und Westpreußen und Danziger zusammengefasst. Sie luden meine Frau und mich regelmäßig zu ihren Veranstaltungen und insbesondere zu den jüdischen Festen wie Pessach, Succot und Chanuka ein. Besonders hilfreich waren meine Kontakte zur israel-

lisch-deutschen Parlamentariergruppe in der Knesset. Deren früherer Vorsitzender Dan Tichon war inzwischen Sprecher (Präsident) der Knesset. Durch ihn bekam ich privilegierten Zugang zum israelischen Parlament. Mehr noch: Gideon Esra, früherer Vizechef des inländischen Geheimdienstes Schabak, und inzwischen Mitglied der Knesset, rief regelmäßig nach den Sitzungen des Parlamentes so zwischen 20 und 22 Uhr an und lud mich in das unkoschere, von der deutschen Familie Rothschild aus Würzburg um 1900 gegründete, Lokal Fincks in der Nähe unserer Wohnung ein. Dort saßen dann quer durch die Fraktionen Abgeordnete und stärkten sich nach oft quälenden Parlaments-Debatten. Nur die Vertreter der religiösen und der arabischen Parteien blieben diesen Begegnungen fern. Man behandelte den Alt-MdB als Kollegen und versorgte mich mit Kontakten und Informationen, die mir keine offiziellen Termine hätten verschaffen könnten. Die Israelisch-Deutsche Gesellschaft wählte mich ein Jahr nach meinem Umzug nach Jerusalem zu ihrem Vizepräsidenten. Die Begründung: Wer 16 Jahre Vizepräsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft (DIG) war, kann nun seine Erfahrungen bei der Israelisch-Deutschen Gesellschaft (IDG) einbringen. Dass ich weder Israeli noch Jude war, störte keinen.

Meine Frau und ich fühlten uns in Israel sehr wohl. Nicht selten wurde ich allerdings mit schrecklichen Lebensgeschichten und dem Verlust von Familienmitgliedern durch die Nazi-Verbrechen konfrontiert. Dies wurde aber nie mit pauschalen Vorwürfen gegenüber Deutschland oder mir, dem bei Kriegsende 4-Jährigen, verbunden. Allerdings nahm ich mir auch immer Zeit, sehr geduldig zuzuhören. Natürlich kann ich nicht ausschließen, dass Israelis mir, dem Deutschen, aus dem Weg gingen. Ich wurde aber in neun Jahren nicht einmal angepöbelt oder für mich erkennbar von einem Treffen oder Ereignis ausgeschlossen. Im Laufe der Jahre erschienen mir die Israelis versöhnlicher als Teile der amerikanischen Juden oder Einzelne im Zentralrat der Juden in Deutschland. Als ich mit 65 Jahren im Jahre 2006 nach Deutschland zurückkehren wollte, wäre meine Frau am Liebsten noch dort geblieben. Auch ich hätte mir meinen Ruhestand in Israel durchaus vorstellen können. Allerdings zogen unsere Kinder und die inzwischen geborenen Enkelkinder uns letztlich doch nach Mainz zurück.

Bereits am 7. Tag nach meiner Ankunft war ich mit Teddy Kollek zusammengekommen. 28 Jahre hatte er als Bürgermeister die Geschicke von Jerusalem geleitet. Nun förderte er als Internationaler Präsident der von ihm gegründeten Jerusalem Foundation vor allem jüdisch-arabische Projekte in der Stadt. Er zeigte mir ein Grundstück im Herzen der Stadt, unterhalb des berühmten King David Hotels, und erklärte mir, dass seine Stiftung dort ein kleines, schmuckes Konferenzzentrum bauen wolle. Teddy Kollek war weltweit der beste Spendensammler für seine geliebte Stadt Jerusalem. Deshalb redete ich ihn häufig mit „Teddy Kollekte“ an, was er offenbar als Kompliment verstand.

Ich kam seiner Frage, ob ich ihn dabei unterstützen könne, mit der Frage zuvor, was es koste, wenn dieses Zentrum nach Konrad Adenauer benannt und von meiner Stiftung in Zukunft mitgenutzt werde. Seine Antwort: 3,5 Millionen US-Dollar. Ich sagte ihm zu, diese Summe in Deutschland zu besorgen und hatte danach schlaflose Nächte. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Im November 1999 fand die Grundsteinlegung in Anwesenheit von Helmut Kohl statt. Wir hatten in nur zwei Jahren über 15 Millionen, also mehr als das Doppelte, in Deutschland an Spenden gesammelt. Im Mai 2001 weihten wir das Zentrum im Beisein der Ministerpräsidenten Clement (Nordrhein-Westfalen), Teufel (Baden-Württemberg), Vogel (Thüringen) und zahlreicher Landesminister ein. Es wurde ein begehrtes und erfolgreiches Kulturzentrum für Juden, Christen und Moslems und Ort zahlreicher israelisch-palästinensischer Begegnungen und Arbeitstreffen. Mit Teddy Kollek hatte ich vereinbart, dass er als „Vater“ des Konrad Adenauer Zentrums gehandelt werden solle. Vielleicht war das der Grund, dass bis heute keine einzige kritische Stimme gegen das nach einem Deutschen benannte Zentrum vernommen wurde. Für mich ist das ein Zeichen der inzwischen erreichten Normalität zwischen Israelis und Deutschen.

Die gute Erfahrung mit dem Konrad Adenauer Zentrum machte mir Mut, das zweite noch problematischere Vorhaben anzupacken: Wie konnten wir die Arbeit des untergegangenen Vereins Co-Existance wieder aufleben lassen? Wie konnten wir Israelis und Palästinenser für inoffizielle Begegnungen gewinnen. Auch hier kam uns das Glück entgegen. Eines Tages tauchten die Direktoren des „Israel Palestine Center for Research and Information“ (IPCRI) Gershon Baskin und Zakaria al Qak in meinem Büro auf und baten um Unterstützung für ihre israelisch-palästinensischen Projekte. Diese Nichtregierungsorganisation suchte internationale Unterstützung für die noch in den Kinderschuhen steckenden Treffen von israelischen und palästinensischen Persönlichkeiten. Unschwer erkannte ich, dass frühere Mitglieder von Co-Existance beteiligt waren. Schon deshalb stimmte ich spontan zu, die IPCRI-Projekte wohlwollend zu unterstützen.

Die Sache hatte zwei Haken: Gershon Baskin galt im israelischen Spektrum als weit links und weit von der ersten Regierung Netanjahu entfernt. Dieser hatte noch vor meiner Israelzeit als erster Likud-Vorsitzender Deutschland besucht. Ich hatte ihn dabei begleitet und sein Interesse an der CDU und der Adenauerstiftung erkennen können. Also nahm ich den Stier bei den Hörnern, besuchte ihn und teilte ihm in voller Offenheit mit, was wir planten: Zusammen mit IPCRI inoffizielle Arbeitsgruppen aufzubauen, in denen zunächst israelische und palästinensische Vertreter aus den Bereichen der Wirtschaft und der Wissenschaft Modelle der Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten entwickeln und den beiden Regierungen vorlegen sollten. Später sollten dann Vertreter beider Regierungen in die Arbeit eingebunden werden. Zu meiner Überras-

schung stimmte Netanjahu zu unter folgender Bedingung: Das Ganze solle vertraulich, ohne Presse über die Bühne gehen und die Arbeitsgruppen sollten nur die Regierungen und nicht die Öffentlichkeit über ihre Sitzungen und Arbeitsergebnisse informieren.

Der zweite Haken betraf die Palästinenser und mich. Ich galt als Freund Israels, dessen Neutralität von der palästinensischen Seite zunächst angezweifelt wurde. Durch einen Besuch bei dem palästinensischen Präsidenten Yassir Arafat, der mich von früheren Begegnungen kannte, konnte ich diese Bedenken ausräumen. Ich verfiel nicht dem Fehler mancher Politiker, die erst die Israelis und dann die Palästinenser aufsuchen, um beiden zu versichern, sie seien beste Freunde, was diese oft als einseitige Unterstützung ihrer Politik verstanden. Ich erklärte vielmehr: Ich bin ein Freund Israels, der dafür wirbt, dass die Palästinenser sich in einem eigenen Staat neben Israel (nicht anstelle von Israel) entwickeln können. Verlässliche Freundschaft mit Israel und die Lösung des israelisch-palästinensischen Konfliktes auf der Basis einer Zweistaatenlösung waren für mich die zwei Seiten einer Medaille. Diese Auffassung vertrat ich auf beiden Seiten mit den gleichen Worten. Zu meiner Überraschung stimmte Arafat sofort der Bildung von Arbeitsgruppen zu, welche im Laufe der Zeit durch Vertreter beider Regierungen aufgewertet wurden.

Die Arbeit dieser IPCRI-KAS-Arbeitsgruppen entwickelte sich so gut, dass wir von beiden Regierungen in der Folgezeit gebeten wurden, über dieses oder jenes Problem zu sprechen und möglichst einen gemeinsamen Vorschlag zur Lösung zu entwickeln. Die Vertraulichkeit wurde, abgesehen von zwei Fällen, gewahrt. Wir wurden in Zeiten politischer Stagnation und der Gewalt auch während der zweiten Intifada, als Mediator zwischen beiden Regierungen akzeptiert. Offiziell gab es uns nicht, inoffiziell konnten wir helfen, so manches Problem zugunsten der Menschen auf beiden Seiten zu entschärfen oder sogar zu lösen.

Dass Israelis und Palästinenser in diesen Jahren der Konrad-Adenauer-Stiftung diesen Spielraum ließen, hatte zwei Gründe: Wir waren, so schwer das auch manches Mal war, loyal zu beiden Seiten und waren Garant, dass beide Seiten auf gleicher Augenhöhe miteinander reden konnten. Dadurch wuchs Vertrauen.

Wir verhandelten nicht über den Frieden. Dieser Schuh war für uns zu groß. Das war Sache der Amerikaner, die genauso wenig zugelassen hätten, dass eine deutsche Organisation auf diesem sensiblen Feld Erfolge hätte haben können, wie Derartiges im Interesse z. B. der Engländer und Franzosen hätte sein können. Unsere Arbeitsgruppen waren für die Lösung von Alltagsproblemen zwischen beiden Seiten zuständig. Dass Israelis und Palästinenser uns als Mittler akzeptierten und auch immer wieder ermunterten, erfüllte uns mit Freude.

Im Laufe der Jahre brachten wir mit der „Middle East Children Association“ (MECA) ein israelisch-palästinensisches Lehrerfortbildungsprogramm und

mit der kleinen, aber leistungsfähigen Israelisch-Jordanischen Handelskammer erste Schritte zu einer Freihandelszone Nahost auf den Weg. Auch hier machten wir die Erfahrung, dass eine deutsche Organisation als Mittler und Katalysator über ansonsten schwer zu überschreitende Grenzen gefragt war.

Im Jahre 1998 feierte Israel und im Jahre 1999 die Bundesrepublik Deutschland ihr 50-jähriges Bestehen. Für israelische Zeitungen war das Veranlassung, mich um einen Gastkommentar zu den deutsch-israelischen Beziehungen zu bitten. Mir war klar, dass die Israelis aller Couleur – seitdem Israel sich überhaupt zu offiziellen Beziehungen bekannte – bei jeder Gelegenheit von den besonderen Beziehungen zu Deutschland sprachen. Nach der Shoa sollten es keine normalen Beziehungen geben. Mir schien, das Besondere war für manchen Redner wichtiger als die Beziehungen. Ich selbst konnte mit dem Wort besonders nicht viel anfangen. Man kann besonders jung oder alt, besonders dünn oder dick, besonders klein oder groß sein. Dennoch schienen bei einem Kommentar eines Deutschen in israelischen Zeitungen die Worte „besondere Beziehungen“ unverzichtbar zu sein. Deshalb formulierte ich: „Die Israelisch-Deutschen Beziehungen sind besonders belastet, besonders sensibel, besonders gut“. Ich war gespannt, ob es Proteste gegen die „besonders guten Beziehungen“, die ja besser als normale Beziehungen sein dürften, geben würde. Noch heute warte ich auf Kritik. Stattdessen verschwand das Attribut „besondere Beziehungen zu Deutschland“ mehr und mehr aus dem Repertoire israelischer Redner.

Zum 60-jährigen Jubiläum der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 2009 bescheinigte die Spitze des Staates Israel, Staatspräsident, Premierminister, Sprecherin der Knesset unisono, Deutschland sei nach den USA der zweitbeste bzw. in Europa der beste Freund Israels. Bundeskanzlerin Angela Merkel steht in der Beliebtheitsskala ganz oben, spätestens seit ihrer Feststellung: Israels Sicherheit sei deutsche Staatsraison. Besser geht es nicht.

Die Bilanz im deutsch-israelischen Verhältnis fällt heute überaus positiv aus. Zwischen beiden Ländern gibt es über 100 kommunale Partnerschaften. So unterhält die Hafenstadt Haifa vier Partnerschaften mit den Landeshauptstädten Bremen, Düsseldorf, Erfurt und Mainz sowie mit Mannheim. Wenn auch der Schwung der ersten Jahre etwas gelitten hat und finanzielle Probleme der Kommunen auf beiden Seiten manches Vorhaben blockieren, vor allem private Organisationen ermöglichen regelmäßige Begegnungen und Austauschprogramme auf kommunaler Ebene. Jede israelische Universität pflegt die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit deutschen Hochschulen. An dem renommierten Weizmann-Institut in Rehovot forschen regelmäßig um die 30 Deutsche Naturwissenschaftler. Die Deutsch-Israelische Juristenvereinigung bringt jährlich mit ihrer israelischen Schwesternvereinigung bis zu 300 Juristen aus beiden Ländern zu Fachtagungen zusammen. Die Deutsch-Israelische Gesellschaft und ihre israelische Schwestergesellschaft IDG veranstaltet zur Kon-

taktpflege jedes Jahr Begegnungen in Israel und Deutschland. Trotz Streichung der öffentlichen Zuschüsse schultern noch immer zahlreiche Institutionen den Jugendaustausch in beiden Richtungen. So führen beispielsweise die Maria Ward Schule in Mainz und das Leo Baeck Erziehungszentrum in Haifa jährlich gemeinsame Ferienprogramme für ihre Schülerinnen durch.

Die Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts. Das Handelsvolumen zwischen Deutschland und Israel betrug 1960 – vor der Aufnahme diplomatischer Beziehungen – gerade einmal 100 Millionen US-Dollar. Im Jahre 2011 betrug es stolze 6,5 Milliarden US-Dollar. Das bedeutet in 52 Jahren ein durchschnittliches, jährliches Wachstum von 9 Prozent. Deutschland ist heute der drittgrößte Handelspartner Israels nach den USA und China. Israel ist der drittgrößte Handelspartner Deutschlands aus der gesamten MENA-Region. Israels Bevölkerung wuchs von 700.000 Bürgern bei der Staatsgründung auf fast 8 Millionen Staatsbürger heute. Israel entwickelte sich vom Agrarland in 1948 zum High Tech Land allererster Güte im Jahre 2012. Trotz aller Krisen und Gewalt im Nahen Osten gilt es als stabiles, demokratisches Land und ist daher nicht nur für die deutsche Wirtschaft von großem Interesse.

Das Ansehen Deutschlands in Israel ist gut. Das beweist auch dieses Beispiel: Junge Israelis gehen nach ihrem langen Wehrdienst gerne als Rucksacktouristen auf Reisen. Dabei umgehen sie aus Sicherheitsgründen die arabischen und weitere moslemisch regierte Staaten. In die USA und nach Europa führen diese Wanderschaften oft aus finanziellen Gründen nicht. Also bereisen sie zum Beispiel Indien und die südamerikanischen Länder. Auf die Frage, welche Hauptstadt sie in der Welt am Liebsten besuchen würden, rangiert seit Jahren die deutsche Hauptstadt Berlin auf Platz eins. Für diese jungen Menschen ist die Shoa gegenwärtig. Als Schüler, Soldaten und Studenten besuchen sie die zentrale Holocaustgedenkstätte Yad Vashem. Dieser Besuch ist jeweils Teil des Pflichtprogramms. Dennoch haben sie keinerlei Berührungspunkte mit Deutschen, mit Deutschland. Im Gegenteil: In meinen Jerusalemer Jahren musste man nur die Stichworte Bundesliga, Heidi Klum oder Michael Schumacher nennen, und schon waren viele junge Israelis voll in ihrem Element. Fast 70 Jahre nach der Shoa ist die Wunde zwar nicht voll verheilt, aber sie ist vernarbt. Das heißt aber auch, man muss sorgsam mit den deutsch-israelischen Beziehungen umgehen. Denn eine Narbe bricht leichter auf als eine verheilte Wunde.

Israels Ansehen in Deutschland ist eher durchwachsen. Bei Umfragen wird Israel von der Mehrheit als Kriegsgrund, ja als Kriegsgefahr angesehen. Diese Stimmung wird in Israel zunehmend mit Sorge registriert. Aus israelischer Sicht sind dafür drei sehr unterschiedliche Gründe ursächlich:

Zum Ersten beklagt man eine als einseitig empfundene Berichterstattung über die Ursachen des israelisch-palästinensischen Konfliktes in Europa und auch in Deutschland. So werde immer wieder der Siedlungsbau, der auch in

Israel umstritten ist, als Hauptursache der Auseinandersetzungen deklariert, während heute noch die große Mehrheit der arabischen Welt Israel das Existenzrecht abspreche und der Iran Israel ständig die Vernichtung androhe. Auf der gleichen Linie liege die falsche Behauptung, Israel wolle nicht mit den Palästinensern verhandeln, während die in Gaza herrschende Hamas jedes Gespräch mit Israel ablehnt und der palästinensische Präsident nicht zu Gesprächen mit Israel ohne die Hamas bereit sei. Israel habe daher keinen palästinensischen Gesprächspartner, bekomme aber die Schuld für das Ausbleiben der so sehr ersehnten Friedensverhandlungen in die Schuhe geschoben.

Zum Zweiten sei Europa und mit Abstrichen auch Deutschland nicht bereit, Israel als einzige Demokratie im Nahen Osten und damit als Teil der westlichen Wertegemeinschaft zu akzeptieren. Man beklagt zunehmend, dass Israelis und Palästinenser mit unterschiedlichen moralisch-ethischen Maßstäben bewertet würden. Der kleinste Fehler Israels werde empört hochgezogen, während die generelle Bereitschaft zur Gewalt in der arabischen Welt nach der Methode, „die sind halt so“, fast entschuldigt werde.

Zum Dritten befürchtet man in Israel, dass der wachsende Einfluss der Moslems in Deutschland und ein opportunistisches Verhalten gegenüber deren Ansprüchen und Forderungen die Distanz zu Israel vergrößern werde. Auch befürchtet man – nicht ganz zu Unrecht – dass Deutschland die Zunahme antisemitischer Strömungen nicht stoppen könne. Auch diese Entwicklung gehe zu Lasten Israels.

Man muss diese Bedenken nicht teilen, ernst nehmen sollte man sie schon. Die Generation, die aus historischen, politischen und moralischen Gründen für das Existenzrecht der Juden in Israel eintrat, stirbt aus. Unsere Gesellschaft ändert sich rasant. Moralische und ethische Grundsätze geraten zumindest partiell ins Wanken. Dies gilt für viele politische Fragestellungen, aber insbesondere auch für unsere Position gegenüber den Juden und dem Staat Israel. Die deutsch-israelischen Beziehungen sind kein Selbstläufer. Auch in Zukunft sollten wir hart dafür arbeiten.